

BLICKPUNKTE



● **Neuwahlen.** Nachdem die hessische SPD-Chefin Andrea Ypsilanti am Widerstand eigener Parteifreunde daran gescheitert ist, CDU-Ministerpräsident Roland Koch abzulösen, werden Neuwahlen in dem deutschen Bundesland immer wahrscheinlicher. Vor allem CDU und FDP sehen darin einen Ausweg.

● **Rechtsextreme festgenommen.** Die russische Polizei hat bei einer nicht genehmigten Kundgebung in Moskau mehr als 300 Rechtsextreme festgenommen.

● **SPD attackiert Seehofer.** Kurz vor einer möglichen Einigung im deutschen Erbschaftsteuerstreit warf SPD-Unterhändler Bayerns Regierungschef Seehofer vor, „Millionären den Hintern vergolden zu wollen“. In 98,5 Prozent der Fälle falle laut Vorschlag künftig keine Steuer mehr an.

KOMMENTAR



Bärendienst

JOHANNES HUBER
johannes.huber@vn.vol.at, ☎ 01/31778340

Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) hat sich gestern einen Bärendienst erwiesen: Indem sie Ex-Kriminalamtschef Herwig Haidinger vom Dienst suspendiert hat, ist sie vielleicht einen unangenehmen Mitarbeiter los geworden. Aber erstens wird Haidinger nicht verstummen; und zweitens drängt sich der Eindruck auf, er sei Fekter zu gefährlich geworden.

Zur Erinnerung: Haidinger ist es gewesen, der in den letzten Monaten haarsträubende Missstände aus dem Innenministerium an die Öffentlichkeit getragen hat. So ist es einzig und allein seinem Hinweis auf Ermittlungsspannen zu verdanken, dass die Staatsanwaltschaft die Causa Kampusch noch einmal aufrollt.

Sicher, das ist – wie auch seine Berichte über parteipolitische Entscheidungen und Postenbesetzungen im Ressort – äußerst unangenehm für Fekter. Aber dadurch, dass sie Haidinger nun als Übeltäter darzustellen versucht, nährt sie ausschließlich den Verdacht, dass es da noch größere Missstände aufzuklären gilt.



Überfall. (Karikatur: Raos)

VN-BLICK HINTER DIE KULISSEN

Auf das Finanzministerium muss die SPÖ verzichten

Vor der Nationalratswahl hatte SPÖ-Chef Werner Faymann eine Finanzministerkandidatin präsentiert: Bildungsministerin Claudia Schmied. Zuletzt hat er freilich signalisiert, dass das Ressort auch in Zukunft von einem ÖVP-Vertreter geführt werden könnte. Aussichtsreichster Anwärter ist daher Josef Pröll; der designierte Parteichef bräuchte als Vizekanzler ein wichtiges Ministerium. Wie der Zufall so will, ist Schmied mittlerweile ohnehin aus dem Rennen: Allein der Umstand, dass sie bis 2007 Vorstandsmitglied der „Kommunalkredit“ war, empfiehlt sie nicht mehr als Finanzministerin; die Bank muss ja gerade verstaatlicht bzw. gerettet werden. (joh)

mehrwissen.vol.at
• **Kommunalkredit.** Vorwort des damaligen Vorstandes mit Claudia Schmied zum Geschäftsbericht 2006.



Zuwanderung unumgänglich? Vor allem im Gastgewerbe herrscht Arbeitskräftemangel.

(Foto: APA)

Fachkräfte dringend gesucht

■ **Zuwanderung müsse erleichtert werden, fordern Wirtschaftsvertreter.**

Wien (VN-joh) „Österreich ist ein Zuwanderungsland“, appelliert Georg Kapsch von der Industriellenvereinigung: „Wir sollten das endlich zur Kenntnis nehmen.“

Gemeinsam mit Martin Gleitsmann von der Wirtschaftskammer präsentierte Kapsch gestern ein neues Migrationsmodell; Adressat des Papiers sind vor allem einmal die Regierungsverhandler.

Gefordert wird von den Wirtschaftsvertretern, die Zuwanderung stärker zu steuern: Darf bisher – vereinfacht ausgedrückt – kommen, wer will, so lange eine festgelegte Quote nicht erfüllt ist, soll künftig „hereingelassen“ werden, wer gebraucht wird.

Das Migrationsmodell von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung sieht ein Punktesystem vor: Wer jung ist, eine höhere Ausbildung abgeschlossen hat und über Berufserfahrung verfügt, soll beispielsweise ohne Probleme nach Österreich kommen können. Frauen und

Männer ohne Berufsausbildung sollten im Unterschied dazu meist nur vorübergehend – als Saisoniers – zuwandern dürfen.

„Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass Österreich ein Zuwanderungsland ist.“

GEORG KAPSCH, INDUSTRIE-VERTRETER

Der Bedarf nach ausländischen Arbeitskräften ist laut Industriellenvereinigung groß: Kapsch meint, dass 20.000 bis 40.000 Zuwanderer pro Jahr nötig wären.

STICHWORT

Zuwanderung
2007 sind um 32.714 mehr Menschen nach Österreich zugewandert als das Land verlassen haben. 2005 hatte der sogenannte „Wanderungssaldo“ noch 50.582 betragen. Vor allem in Vorarlberg hat es einen starken Rückgang gegeben: Hatte der Wanderungssaldo 2004 noch 1401 betragen, so machte er im vergangenen Jahr nur noch 561 aus. Die meisten Zuwanderer kamen 2007 aus Deutschland (jeder Vierte), gefolgt von Rumänien (jeder Siebente).

VN-INTERVIEW: FPÖ-Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl zur Zuwanderungsdebatte

„Aufenthalt jedenfalls befristen“

■ **Zuwanderung kann sich FPÖ-Vertreter Themessl nur eingeschränkt vorstellen.**

VN: Die FPÖ fordert einen „Zuwanderungs-Stopp“, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung verlangen, bis zu 40.000 Fachkräfte pro Jahr zuwandern zu lassen. Was sagen Sie als FPÖ-Wirtschaftssprecher?

Themessl: Wir haben immer ganz klar gesagt, dass Zuwanderung in Teilbereichen möglich bleiben muss. Wobei man aber schon auch darauf hinweisen muss, dass die Indus-

triellenvereinigung vor einem Jahr noch erklärt hat, dass allein im Metallbereich 10.000 Arbeitskräfte fehlen; und die Arbeiterkammer gleichzeitig betonte, dass es hierzulande über 10.000 Arbeitslose mit entsprechender Ausbildung geben würde. Das heißt, dass man die AMS-Methoden einmal grundsätzlich hinterfragen müsste. Außerdem sollte die Industrie wieder mehr Lehrlinge ausbilden; das hat sie in den letzten Jahren vernachlässigt.

VN: Aber Zuwanderung könnten Sie sich letztlich auch vorstellen?

Themessl: Wenn es ausschließlich darum geht, in Teilbereichen gewisse Eng-

„Die Industrie sollte mehr Lehrlinge ausbilden. Das hat sie zuletzt vernachlässigt.“

BERNHARD THEMESSL, FPÖ-SPRECHER

pässe zu überbrücken, dann habe ich überhaupt kein Problem damit. Aber nur auf Saisonierebene und nicht mit Familiennachzug in uneingeschränkter Form.



VN: Sie würden Zuwanderung also nur unter strengen Auflagen zulassen.

Themessl: ... grundsätzlich befristet. Und wenn sich eine Fachkraft bewährt und weiter gebraucht wird, dann kann man über eine Fristverlängerung reden. Grundvoraussetzung müssen außerdem ausreichende Deutsch-Kenntnisse sein.

VN: Die Industriellenvereinigung betont, Österreich sei ein Zuwanderungsland. Sehen Sie das auch so?

Themessl: Österreich ist kein Zuwanderungsland. (joh)

mehrwissen.vol.at
• **Zuwanderung gestalten.** Migrationsmodell der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer Österreich.

Fekter lässt sich Kritik nicht bieten

■ **Innenministerium: Ex-Kriminalamtschef Haidinger vom Dienst suspendiert.**

Wien (VN) Der ehemalige Leiter des Bundeskriminalamts Herwig Haidinger ist vorläufig vom Dienst suspendiert worden. Das gab Innenministerin Maria Fekter gestern auf einer Pressekonferenz bekannt. Als Begründung führte sie das „fortgesetzte und nach-



Soll Dienstpflichten verletzt haben: Haidinger. (Foto: APA)

haltige Verletzen von Dienstpflichten“ sowie „fortgesetzt massiv vertrauensschädigendes Verhalten“ an. Haidinger versah seinen Dienst zuletzt in der Sicherheitsakademie.

Haidinger habe „in keiner Weise mit inhaltlicher Kritik“ agiert, sondern „öffentlich beleidigend, herabwürdigend“ und ohne Rücksicht auf Schaden für das gesamte Ressort, so die Ministerin. Letztendlich dürfte der Auslöser eine Geschichte in der aktuellen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „profil“ gewesen sein. Darin spricht Haidinger von Bedrohungen gegen sich, nachdem er Fekter einen Brief zu den „katastrophalen Auswirkungen“ der Polizeireform geschrieben habe.

Heftige Kritik an der Suspendierung Haidingers kam vom Sicherheitsprecher der Grünen, Peter Pilz. Er bezeichnete die Suspendierung als „weiteren schweren Machtmissbrauch durch die ÖVP“. Ähnlich äußerte sich der FPÖ-Mandatar Werner Neubauer.



Alles ist möglich. LOTTO